

Tunesien - Kurzbriefing

■■■■■: Schutzlücken, Zwangsmaßnahmen und die Rolle der EU

Zentrale Entwicklungen

Tunesien ist formal eine parlamentarische Republik, steht jedoch seit 2019 zunehmend unter autoritärer Kontrolle. Parlament und Justiz sind geschwächt, politische Instabilität und Machtkonzentration beim Präsidenten erschweren eine konsistente ■■■■■ und Asylpolitik. Schutzstrukturen für ■■■■■ Kinder funktionieren nur eingeschränkt. Kinder sind besonders von rechtlicher Unsichtbarkeit, Ausgrenzung und Zwangsmaßnahmen betroffen.

Insbesondere seit 2023 und bis heute verschlechtert sich die Lage weiter: Laut UNHCR leben rund 15.000-18.000 registrierte ■■■■■ im Land, geschätzte insgesamt bis zu 50.000 ■■■■■ viele in prekären Situationen. Schutzstrukturen sind weitgehend zusammengebrochen, und Kinder sowie ihre Familien sind zunehmender struktureller Gewalt und Zwangsmaßnahmen ausgesetzt.

Eingeschränkter zivilgesellschaftlicher Handlungsspielraum

Organisationen, ■■■■■, geraten unter Druck:

Menschenrechtsorganisationen werden kriminalisiert, in ihrer Arbeit eingeschränkt oder gezielt arbeitsunfähig gemacht. Laut CIVICUS ist der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft stark eingeschränkt, was den Schutz von Kindern und Familien ■■■■■ massiv erschwert. Trotz dieser Bedingungen arbeitet der lokale Kooperationspartner von Terre des Hommes Deutschland, ■■■■■, weiterhin wirksam in den Bereichen ■■■■■ Bildung, mentale Gesundheit und Kinderrechte, um benachteiligte Kinder und Familien direkt zu unterstützen und ihre Rechte zu stärken.

Die wichtigsten kinderspezifischen Erkenntnisse ■■■■■

- **Rechtlicher Schutz und Asylverfahren:** Tunesien verfügt über kein nationales Asylsystem; die Registrierung und Durchführung von Asylverfahren liegen faktisch beim UNHCR. Anfang 2025 waren rund 12.600 Asylsuchende registriert. Viele Kinder und Familien bleiben ohne rechtlichen Status und sind Abschiebung, Gewalt und Vertreibung ausgesetzt.
- **Bildung und Gesundheit:** Nur ein sehr geringer Anteil ■■■■■ Kinder besucht tatsächlich die Schule; viele bleiben vollständig ausgeschlossen. Der Zugang zu Gesundheitsversorgung ist stark eingeschränkt und oft abhängig von humanitärer Hilfe. Fehlende Dokumente verschärfen den Ausschluss.
- **Armut und Ausbeutung:** Familien ohne Arbeitsmarktzugang leben in extremer Armut. Dies erhöht das Risiko von Kinderarbeit und Ausbeutung erheblich. IOM-Daten zeigen, dass viele registrierte Familien ■■■■■ ■■■■■ prekär wirtschaftlich überleben müssen.
- **Informelle Inhaftierung / Zwangsverlagerung:** Zehntausende Menschen, darunter große informelle Siedlungen mit bis zu 20.000 Personen, wurden in abgelegene

Gebiete verlegt, oft ohne Versorgung. Dies kommt faktisch Freiheitsentzug gleich und setzt Kinder erheblichen Gesundheits- und Schutzrisiken aus.

- **Abschiebungen und Pushbacks:** Es gibt dokumentierte Fälle von Zurückweisungen und Abschiebungen – auch von Kindern – an die Grenzen zu Libyen und Algerien. Berichte von IOM, UNHCR, Amnesty International und Human Rights Watch dokumentieren wiederholt kollektive Verbringungen ohne Versorgung, teilweise mit Todesfällen.
- **„Freiwillige Rückkehr“ unter Zwang:** 2025 unterstützte die IOM über 5.300 Rückführungen, staatliche Angaben sprechen von bis zu 10.000. Rückkehr erfolgt häufig unter Druck: Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Entzug von Lebensgrundlagen und Drohungen mit Zwangsverbringung.
- **Unbegleitete Minderjährige:** Für unbegleitete Kinder fehlen Schutzsysteme und Unterbringungsstrukturen. Sie sind besonders gefährdet durch Gewalt, Menschenhandel und Missbrauch. Allein 2023 suchten rund 1.500 unbegleitete Minderjährige Unterstützung beim UNHCR.

Politische Einordnung und Rolle der EU

Tunesien verstößt derzeit gegen die Kriterien, die für sichere Herkunfts- oder Drittstaat gelten. Autoritäre Entwicklungen, institutionelle Schwächen und systematische Menschenrechtsverletzungen verschärfen die Lage, Kinder sind besonders betroffen. Die EU unterstützt Tunesien im Rahmen der Externalisierungspolitik: Das EU-Tunesien-Abkommen von 2023 stellte rund 260 Millionen Euro für [REDACTED] Grenzkontrolle bereit. Diese Mittel fließen in Maßnahmen wie Abfangaktionen, Zwangsverlagerungen und Abschiebungen und erhöhen den Druck auf [REDACTED] Kinder und ihre Familien.